

Das Schlimme ist auch noch – das haben wir eben an den Reden wieder gesehen –: Sie sind nicht nur Rassisten und Menschenfeinde, Sie sind auch noch erbärmliche Feiglinge. Hier wird versucht, zu vertuschen, wer Täter und wer Opfer ist. Sie gehen in die Opferrolle zurück,

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

obwohl Sie es sind, die versuchen, diejenigen, die für die Demokratie einstehen, zu spalten. Es ist doch lächerlich, was Sie da abziehen!

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Ich will das in aller Ruhe, aber auch in aller Deutlichkeit sagen: Wir sind nicht mehr in der Phase, in der man überlegt, wer die Wählerinnen und Wähler sind. Wir sind jetzt in der Phase, wo die Gefahr konkret wird. Wenn in den ostdeutschen Ländern diejenigen eine relevante Beteiligung an der Exekutive haben, dann werden sie über Richterämter entscheiden, dann werden sie über die Aufsicht über die Polizei entscheiden, dann werden sie entscheiden, wer Lehrerinnen und Lehrer wie zu beaufsichtigen hat. Das müssen wir jetzt verhindern, bevor es zu spät ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Eins noch konkret. Der Abgeordnete Beckamp, MdB der AfD, der auch hier im Landtag gesessen hat, war noch am 27.11. in der iranischen Botschaft und hat für Gaslieferungen nach Deutschland gekämpft. Wir alle kämpfen dafür, dass die Frauen und die Männer im Iran in Freiheit leben können, und die machen noch Patrouille im Iran, um Gaslieferungen nach Deutschland zu holen. Das ist doch erbärmlich, was dort von der AfD kommt.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, İlayda Bostancıeri, Gönül Eğlence, Serdar Yüksel, Volkan Baran, aber auch Jule Wenzel und ich sowie viele andere werden das nicht hinnehmen. Wir werden kämpfen, und Sie haben wir hoffentlich an unserer Seite. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Präsident André Kuper: Danke, Herr Mostofizadeh. – Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

2 Nachhaltige Landwirtschaft stärken – Natur und Menschen schützen: Verursacherprinzip im Rahmen der Düngegesetzgebung ambitioniert umsetzen.

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/7766

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/7844

Als Erstes spricht für die CDU ihr Abgeordneter Herr Höner.

Markus Höner (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Mir fällt es, ehrlich gesagt, schwer, nach diesen erschütternden Äußerungen der AfD wieder zum Thema zurückzukommen und in die normale Tagesordnung einzusteigen. Ich glaube aber, das ist unsere Aufgabe, der wir heute gerecht werden müssen.

In den letzten Wochen haben wir viele Bauernproteste erlebt. Eine ganze Branche ist aufgestanden, um gegen die Ampelregierung zu demonstrieren. Wer meinte, dass es hierbei ausschließlich um den Agrardiesel und die grünen Nummernschilder ging, der irrt gewaltig. Diese Themen haben nur das Fass zum Überlaufen gebracht. Die Stimmung in der Landwirtschaft ist schlecht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin ehrlich: Ich kann das nachvollziehen. Bei Corona war diese Branche noch systemrelevant. Lebensmittel hatten einen öffentlichen Stellenwert und – viel wichtiger – erfuhren Wertschätzung wie schon lange nicht mehr.

Aber wo ist das alles geblieben? Hat uns nicht die Abhängigkeit von verschiedenen Märkten, die Abhängigkeit vom Gas gezeigt, wie wichtig es ist, dass wir uns nicht zu sehr von anderen Staaten, politischen Lagen oder wirtschaftlichen Interessen abhängig machen? Ja, ich bin mir sicher, auch darauf spielten die Proteste der grünen Branche ab.

Eine gesicherte Lebensmittelerzeugung hängt von vielen Faktoren ab. In erster Linie von der Wirtschaftlichkeit, denn die Betriebe müssen in ihren Familien ein Familieneinkommen erwirtschaften können. Dafür brauchen sie eine Perspektive, die Sicherheit für unternehmerische Entscheidungen bringt.

Auf den Demonstrationen wurde oft in einem Atemzug auf die geplanten Kürzungen in der Düngeverordnung eingegangen. Jetzt können wir lange zurückschauen, wir können mit dem Finger auf Politik, Verbände, Verwaltung zeigen, die hierfür die Verantwortung tragen. Ändern wird das jedoch nichts.

Was uns mit diesem Antrag wichtig ist: Wir wollen nicht mehr zurückschauen. Wir wollen nicht mehr erklären, wer wann wofür verantwortlich war, weil das keinem Betrieb weiterhilft oder auch keinem eine Perspektive gibt. Wir möchten endlich bei dem Thema der Düngeverordnung nach vorne schauen.

(Beifall von der CDU)

Wir möchten einen Weg aufzeigen, wie wir Landwirtschaft wieder eine Perspektive geben können.

Lassen Sie mich kurz eine vereinfachte aktuelle Situationsbeschreibung geben. Es gibt in NRW viele landwirtschaftliche Betriebe, die ihre Flächen in sogenannten roten Gebieten haben. Hierbei handelt es sich um ausgewiesene Gebiete, in denen eine Überschreitung des Nitratwertes anhand einzelner Messstellen festgestellt wird. Ohne eine Feststellung der Ursache des Eintrags werden diese Gebiete in eine pauschale Auflage für die Bewirtschaftung gebracht.

Was bedeutet das konkret? Viele Betriebe sind von diesen Einschränkungen betroffen. Jedoch liegen die Betriebe in den roten Flächen oftmals bis zu 20 Kilometer von den Messstellen entfernt. Die Landwirte können auf diesen Flächen ihre Bewirtschaftung einstellen. Sie können im Zweifel gar nichts mehr düngen. Das wird an der Messstelle letztendlich überhaupt nichts ändern.

(Bianca Winkelmann [CDU]: So ist das!)

Genau das zeigt, warum wir bei diesem Thema tätig werden müssen. Wir brauchen eine Beurteilung nach dem Verursacherprinzip und ein deutlich besseres Messstellennetz. Genau das möchten wir mit diesem Antrag erreichen.

Ein Ausbau des Messstellennetzes ist hier sehr wichtig, um eine gesicherte Datengrundlage zu bekommen, um langfristig vielleicht wieder in die Situation einer differenzierten Ausweisung der roten Gebiete zu kommen.

(Beifall von der CDU)

Viel wichtiger ist uns jedoch das Verursacherprinzip. Wir möchten Betrieben in einem Modellprojekt eine uneingeschränkte Bewirtschaftung in den roten Gebieten ermöglichen, die klar darlegen können, dass sie für die Überschreitung der Nitratgrenzwerte nicht verantwortlich sind.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Grundsätzlich ist es recht einfach, weil die Daten auf unseren Betrieben überall schon bereitstehen. Unsere Betriebe müssen heute bereits eine Düngebedarfsermittlung berechnen. Hier wird für jeden Schlag bewertet, wie viel Stickstoff bei dem zu erwartenden Ertrag auf die Fläche ausgebracht werden darf. Die Düngemengen müssen bereits dokumentiert werden. Wenn jetzt noch der reale Ertrag bewertet wird, kann klar nachgewiesen werden, wie viel

Stickstoff dem Boden entzogen und in Ertrag umgewandelt wird.

Diese vorliegenden Daten wollen wir zusammenführen und damit den Betrieben ein Werkzeug an die Hand geben, mit dem sie nachweisen können, dass die ausgebrachten Düngemittel in Ertrag umgesetzt wurden. Sie sind dann nicht für die Überschreitung der Nitratgrenzwerte an den Messstellen verantwortlich. Dieses soll zukünftig zu einer Erleichterung in den roten Gebieten führen.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie mich abschließend feststellen: Wir, die schwarz-grüne Zukunftscoalition, möchten hierbei den Betrieben eine Zukunftsperspektive geben. Genau das erwarten die Menschen auch von uns, und das ist die Aufgabe unserer Koalition.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

– Ich höre das, ich reagiere auch sofort.

Liebe FDP, ich möchte kurz den Entschließungsantrag, der uns gerade erreicht hat, ansprechen. Das hat für mich etwas mit Aktionismus zu tun. Damit werden Sie in der Öffentlichkeit noch unglaubwürdiger. Ich glaube, das ist genau das falsche Zeichen, ...

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Herr Kollege, die Redezeit.

Markus Höner (CDU): ... und das hat inhaltlich nichts mit unserem Antrag zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Abgeordnete Herr Rüße das Wort.

Norwich Rüße (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Stickstoff ist Leben. Ohne Stickstoff gibt es kein Wachstum von Gras, und ohne Stickstoff werden sich auch die Ähren von Weizen, Roggen und Gerste nicht füllen. Stickstoff ist ein wesentlicher Baustein von uns allen, von allem Leben auf diesem Planeten.

Gleichzeitig ist Stickstoff auch ein Problem. Wenn zu viel Stickstoff in der Umwelt ist, dann kann das die menschliche Gesundheit beeinträchtigen, bis hin dazu – nach Johan Rockströms planetaren Grenzen –, dass der Stickstoffkreislauf auf diesem Planeten bereits so weit ausgereizt und überreizt ist, dass Rockström sagt: Stickstoff ist eines der größten ökologischen Probleme, die wir haben.

Umso wichtiger ist es, dass wir dort, wo Stickstoff in die Umwelt entlassen wird, dafür sorgen, dass es nicht zu viel ist. Wir haben in den Bereichen „Indus-

trie“ und „Verkehr“ einiges getan. Da ist in den letzten 30 Jahren viel passiert. Im Bereich „Landwirtschaft“ ist da aber noch einiges zu tun.

Lieber Dietmar Brockes, dein Entschließungsantrag hat mich ein Stück weit entsetzt. Wie kommt man nach der Geschichte, die wir in Deutschland mit der Düngeverordnung hatten, auf die Idee, ein einjähriges Moratorium der Düngeverordnung vorzuschlagen?

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Was glauben Sie eigentlich, wie die EU auf so etwas reagieren würde? Kein Landesminister, keine Landesministerin, auch nicht der Bundeslandwirtschaftsminister würden jemals auf diese Idee kommen. Sie loben einerseits die ZKL und sagen aber andererseits, dass Sie Gentechnik haben wollen. Das ist widersprüchlich, was Sie dort machen, und das gilt für einige andere Forderungen auch. Sie versprechen der Landwirtschaft quasi alles Mögliche. Am Ende kann so etwas nur dazu führen, dass man die Landwirtschaft komplett enttäuscht.

Deshalb ist es wichtig, dass man Themen nacheinander abarbeitet und nicht so ein Potpourri, so ein Kunterbunt liefert,

(Beifall von der CDU)

wie Sie es getan haben.

Die Geschichte der roten Gebiete ist der entscheidende Knackpunkt. Wir haben im Jahr 2020 ein Auf und Ab erlebt. Erst kamen die roten Gebiete in dem Umfang heraus, dann gab es die Modellierung. Ich habe damals schon kritisiert, dass die Modellierung eine gewisse Gefahr beinhaltet, dass nämlich darauf eine Antwort der EU kommen wird. Ich habe immer damit gerechnet, dass das passiert, und das ist dann auch passiert.

Die roten Gebiete umfassen jetzt fast ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche von Nordrhein-Westfalen. Und das ist natürlich für unsere Bäuerinnen und Bauern ein Riesenproblem, weil damit erhebliche Einschränkungen in der Bewirtschaftung verbunden sind. Das heißt, die Betriebe können nicht so düngen, wie sie düngen müssten, um hohe Erträge erzielen zu können. Und vor allem – das wird oft vergessen – führen die verlängerten Sperrfristen auch dazu, dass ich mehr Lagerraum im Zweifelsfall vorhalten muss und in der Bewirtschaftung noch andere Einschränkungen habe.

Der größte Knackpunkt – da werden wir auch rangehen – sind tatsächlich die Messstellen. Das Messstellennetz ist einfach viel zu grobmaschig. Das wissen wir alle. Wenn man Landwirten, wenn man Bäuerinnen und Bauern sagen will: „Du bist an dieser Stelle tatsächlich ein Stück weit verantwortlich“, dann kann es nicht sein, dass die nächste Messstelle 8 km entfernt ist. Das geht einfach nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Daher besagt der Antrag ganz klar, dass wir das beheben wollen. Da wird auch etwas passieren. Das muss in der Tat wesentlich besser ausdifferenziert werden.

Der zweite Punkt ist uns besonders wichtig: Den Landwirten, die nachweisen können, dass sie so düngen, dass nicht ein hoher Anteil des Stickstoffs in die Umwelt entlassen wird, sondern dass Düngung in Produkte umgewandelt und in Gras, Getreide, Mais usw. eingebaut wird und somit nicht ins Grundwasser abgehen kann, wollen wir die Möglichkeit geben, von den Beschränkungen in roten Gebieten ein Stück weit befreit zu werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wichtig für uns ist Folgendes. Das ist auch ein Unterschied, Herr Brockes. Sie sagen, bis 2025 müsse alles digital sein. Wenn eine Branche in puncto Digitalisierung wirklich nicht schlecht ist – ich will hier für die Landwirtschaftskammer einspringen; das ist gut, was dort passiert; das ELAN-Antragsverfahren ist gut, das kann man alles sehr gut nutzen –, dann ist es die Landwirtschaft. Landwirte sind, was die Digitalisierung angeht, wirklich sehr weit vorne.

Das Problem besteht allerdings darin – und das sprechen wir mit dem Antrag an –, dass man an drei, vier, fünf verschiedenen Stellen dieselben Werte eingeben muss. Genau das wollen wir beenden. Es gibt einen einfachen Weg: Man kann das, was in Niedersachsen gemacht wird, in Nordrhein-Westfalen übernehmen. Das wollen wir tun.

Mit unseren Bausteinen, aber nicht mit Ihrem Wolkenkuckucksheim, mit dem Sie alles Mögliche ansprechen, machen wir der Landwirtschaft ein konkretes, ehrliches und gutes Angebot.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Ich freue mich auf die Beratung der beiden Anträge im Ausschuss ...

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Die Zeit, Herr Kollege.

Norwich Rüße (GRÜNE): ... und bin fertig.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der SPD hat nun Frau Kollegin Kahle-Hausmann das Wort.

Julia Kahle-Hausmann (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist richtig schön, zur Primetime zur Landwirtschaft reden zu können. Sonst debattieren wir abends oder zu Zeiten darüber, zu denen niemand mehr zuhört.

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Ein Gruß geht an alle raus, die jetzt wieder Worte hören, die in ihrem bisherigen Sprachschatz noch nicht vorgekommen sind. Lassen Sie sich gesagt sein: Es ist wichtig – für die Landwirtschaft, für die Ernährung und für die Umwelt.

NRW hat nämlich schon lange ein Nährstoffproblem; wir haben es gerade von Norwich Rüße gehört. Denn in vielen Teilen des Landes können wir seit Jahrzehnten in Grund- und Oberflächengewässern hohe Konzentrationen von Stickstoff und Phosphor messen, die regelmäßig die festgelegten Grenzwerte reißen. Haupteinträgerin ist tatsächlich die Landwirtschaft, und das wissen wir nicht erst seit der Nitratrichtlinie aus 1991.

Nach einigem Gezerre zwischen Deutschland und der EU wurde in NRW im Dezember 2022 die Gebietskulisse nitratbelasteter und eutrophierter Feldblöcke verdreifacht. Grund war, dass viele Messstellen zwar eine Grenzwertüberschreitung zeigten, aber keine Konsequenzen durch eine Rotmarkierung erfolgten, oder dass Gewässer nicht gelb waren, obwohl Anzeichen der Eutrophierung mit bloßem Auge zu erkennen waren.

Vor gut einem Jahr haben wir das bereits an dieser Stelle thematisiert, und schon damals hatten wir das Gefühl, dass die Landesregierung hier mehr Symptomlinderung als Ursachenbekämpfung betreibt.

Aber jetzt zum Antrag von CDU und Grünen.

Erster Punkt. Wir haben schon im November 2022 über den notwendigen Ausbau der Messstellen für eine Binnendifferenzierung diskutiert. Bei einer vorausgesetzten Messstellendichte für die Regionalisierung fehlten dem LANUV 73 weitere Messstellen. Die 1.300 vorhandenen müssen zudem kontinuierlich erneuert und repariert werden.

Und Sie wissen ja: Wir sperren uns nicht gegen ein dichteres Messstellennetz, weder bei Hochwasserpegeln noch hier. Aber mehr Messstellen werden nicht notwendigerweise zu einer reduzierten Gebietskulisse und zu Erleichterungen beim Düngen führen.

Uns treibt um, wie zügig Sie Messstellen aufbauen. Um 2028 das Regionalisierungsverfahren anwenden zu können, müssen diese Messstellen bis 2025 gebaut werden. Sie haben dafür jetzt 1,5 Millionen Euro im Haushalt hinterlegt. Das ist eine gute Sache, wenn es denn auch umgesetzt wird. Dafür braucht man Manpower und klare Strukturen, und genau das sehen wir noch nicht wirklich kommen.

Bei Ihrem zweiten Punkt habe ich ein bisschen Bauchschmerzen. Natürlich sollten Vorbelastungen sowie Bodenparameter Einfluss finden. Ich befürchte aber, dass Sie hiermit auf die denitrifizierenden

Verhältnisse im Boden bzw. entlang der Grundwasserleiter hinauswollen.

Das UBA sagt sehr klar, dass das natürliche Nitratbaupotenzial aus Nachhaltigkeitsgesichtspunkten nicht aufgezehrt werden sollte. Vielmehr ist davon auszugehen, dass es bereits zu Nitratdurchbrüchen kam, wenn der Kohlenstoff- bzw. Sulfidvorrat im Boden aufgebraucht war. Da erscheint mir das wie ein Spiel auf Zeit und keines, bei dem wir gewinnen können.

Ihr dritter Punkt wird bereits im Bund diskutiert, und es finden Anhörungen dazu statt, an denen auch Experten von Schwarz und Grün teilnehmen. Insofern: Warten Sie doch noch ein bisschen, dann können Sie die Ergebnisse in einem nächsten Antrag bewerten.

Das Modellprojekt in Punkt 4 und 5 und das praxisnahe und digitale Nährstoffmeldeprogramm können für Landwirte sicherlich eine Erleichterung sein. Aber auch hier möchte ich noch mal betonen: Machen Sie es den Landwirten einfach. Nehmen Sie bürokratische Zeitfresser raus. Kreieren Sie bitte nicht einfach eine weitere Maske,

(Bianca Winkelmann [CDU]: Genau darum geht es doch!)

in die von Landwirten Zahlen eingegeben werden müssen, die sie bereits dreimal an die Kammer geschickt haben. Das geht auch anders.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das wollen wir ja auch nicht!)

– Dann sind wir ja dabei.

(Markus Höner [CDU]: Das steht ja auch im Antrag drin!)

Uns allem im Ausschuss liegt der Bericht zum OVG-Urteil zur Ems vor. Da wird klar gesagt, dass Niedersachsen und NRW zu wenig tun, um die Ems und ihre umliegenden Gewässer zu schützen. Sie haben ja Revision eingelegt. Da bin ich gespannt auf das Ergebnis.

Das anstehende Urteil zur Nitratstrategie ist uns allen auch noch nicht bekannt. Aber ich gehe davon aus, dass auch hier der Richterfinger in die Düngerwunde gelegt wird.

Zusammengefasst: In Ihrem Antrag sind teils vernünftige Ansätze enthalten, teils auch Punkte, die wir sehr gerne unterstützen. Aber was ich vermisse, ist der Blick auf das Wesentliche, nämlich den Nährstoffüberschuss zu begrenzen. Das geht nicht einfach nur durch mehr Messstellen, und das wissen Sie auch.

Machen wir uns doch nichts vor: Die Reise muss in Richtung Ursachenvermeidung gehen. Wir können Nitrat nicht wegmessen und dürfen es erst gar nicht in diesen Mengen eintragen. Das schaffen wir nur mit

konkreten Maßnahmen, über die wir ja auch schon mal gesprochen haben: Gewässerrandstreifen, flächegebundene GVE-Zahlen und, und, und.

Leider machen Sie hierzu im Antrag keinen Vorschlag. Vielleicht kommen ja noch welche in der Behandlung im Umweltausschuss. Das möchte ich nicht verpassen. Also stimmen wir der Überweisung zu.

Zum Entschließungsantrag der FDP: In diesem finden sich viele gute Sachen aus der Enquetekommission wieder. Sie haben uns schon signalisiert, dass all das im Umweltausschuss diskutiert werden soll. Ich gehe mit dem Antrag nicht so ablehnend um wie meine Kollegen gerade. Nichtsdestotrotz stehen darin ein paar Punkte, die gar nicht gehen. Insofern ...

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Sehr geehrte Kollegin, ...

Julia Kahle-Hausmann (SPD): Vielen Dank.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: ... es liegt – ich wollte Sie gar nicht an Ihre Zeit erinnern; da sind Sie noch gut dabei – der Wunsch nach einer Zwischenfrage von Frau Abgeordneter Winkelmann vor. Möchten Sie diese zulassen?

Julia Kahle-Hausmann (SPD): Bitte, gerne.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Bitte schön, Frau Winkelmann.

Bianca Winkelmann (CDU): Herzlichen Dank, Frau Kollegin, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Sie haben vorhin von Nährstoffüberhängen gesprochen.

(Julia Kahle-Hausmann [SPD]: Ja!)

Ist Ihnen deutlich vor Augen, was landwirtschaftliche Betriebe jedes Jahr mit ihrer sogenannten Düngedarfsermittlung berechnen? Dabei achten sie sehr genau darauf, dass sie keine Überhänge produzieren. Das geschieht im Prinzip schon seit Jahrzehnten, dass die Nährstoffbilanzen in den Betrieben kontrolliert werden. Ist Ihnen das bewusst?

Julia Kahle-Hausmann (SPD): Selbstverständlich ist mir das bewusst, Frau Winkelmann. Aber trotzdem müssen wir immer noch die Nitrat- und Phosphorüberhänge in den Gewässern messen. Insofern muss es doch noch irgendwo eine Ursache dafür geben, und die müssen wir finden, nicht wahr?

(Bianca Winkelmann [CDU]: Und die ist in der Landwirtschaft zu finden!)

– Ich habe nicht gesagt, dass allein die Landwirtschaft daran schuld ist, sondern ich habe gesagt, dass die Landwirtschaft die Haupteinträgerin ist. Ich bitte, auch hier zu differenzieren, Frau Winkelmann.

(Beifall von der SPD – Bianca Winkelmann [CDU]: Ja, genau! Das habe ich schon verstanden!)

Darf ich jetzt gehen? Ich bin am Ende angelangt.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Ja. Sie waren mit Ihrer Rede am Ende angelangt. Ihre Redezeit ist genau an dem Punkt, als die Frage gestellt wurde, abgelaufen.

(Julia Kahle-Hausmann [SPD]: Es ist alles gut!)

– Okay.

Für die Fraktion der FDP hat nun der Abgeordnetenkollege Herr Brockes das Wort.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir Freien Demokraten sind für eine starke heimische Landwirtschaft, für mehr Freiheit für unsere Landwirtinnen und Landwirte, damit sie mehr Zeit auf ihren Höfen, bei ihren Tieren und auf den Feldern verbringen können und eben nicht an den Schreibtischen.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Markus Höner [CDU] – Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Ihrem Antrag stellen Sie auf das Verursacherprinzip bei der Düngegesetzgebung ab. Sie wollen die einzelbetriebliche Betrachtungsweise etablieren, das Messstellennetz in Nordrhein-Westfalen erweitern sowie eine praxisnahe und digitale Lösung.

(Julia Kahle-Hausmann [SPD]: Ist doch super!)

Offenbar haben sich die Grünen bei dem Punkt von ihren ideologischen Scheuklappen freigemacht.

Frau Kahle-Hausmann, ich befürchte, dahinter fällt die SPD gerade zurück.

(Markus Höner [CDU]: Zukunftsorientiert!)

Deshalb sage ich ganz klar: Wir Freien Demokraten begrüßen die Vorschläge in Ihrem Antrag. Sie sind gut und sinnvoll für die Bäuerinnen und Bauern in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP)

Aufgrund von Messstellen werden in Deutschland die Nitratgehalte im Grundwasser ermittelt. Wenn diese Werte über 50 mg/l Wasser liegen, bekommen die Landwirte strenge Düngevorgaben. In der Folge

klagen Landwirte über Preisabschläge bei den dann nicht gut entwickelten Anbaupflanzen.

Das derzeitige Messstellensystem ist aber willkürlich. Es ist praxisfremd und verursacht sogar Streit. Besonders praxisfremd ist die Düngevorgabe auch deshalb, weil die Grundwassermessstellen für viel zu große Gebietskulissen herangezogen werden. Es gibt zu wenige Messstellen für viel zu viel Fläche. Wir haben oft einzelne Messstellen, die den Landwirten für über 50 km² die Düngung vorgeben. Das ist etwa so, als würde man durch Geschwindigkeitsmessungen im Kreis Warendorf Rückschlüsse auf Ihr Fahrverhalten in Bonn ziehen wollen.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Und anschließend droht Ihnen sogar noch ein Fahrverbot. Das passt einfach nicht zusammen.

(Beifall von der FDP)

Wenn wir den tatsächlichen Grundwasserbelastungen mit Nitrat wenigstens etwas näherkommen wollten, dann bräuchten wir Tausende Messstellen im Land. Für uns Freie Demokraten kann aber die alleinige Lösung nicht darin bestehen, das Land mit Messstellen zuzupflastern.

Aus unserer Sicht ist daher das Anliegen des Antrags wichtig. Wir brauchen eine einzelbetriebliche Nährstoffbilanz für die landwirtschaftlichen Betriebe in Nordrhein-Westfalen. Die Einführung eines praxisnahen und digitalen Nährstoffdokumentations- und Meldeprogramms in Nordrhein-Westfalen ist daher ein guter Anfang.

Daher, Herr Kollege Rüße, glaube ich auch nicht, dass es an der Digitalisierung der landwirtschaftlichen Betriebe scheitert, nein, bisher scheitert dies an der Digitalisierung der Sie kontrollierenden Verwaltungen. Das ist der Punkt, und da müssen Sie stärker ansetzen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Aber das steht doch im Antrag! Weshalb machen wir das denn?)

Herr Kollege Höner hat zu Beginn der Debatte zu Recht ausgeführt, dass die Landwirtschaft im Moment durch eine Vielzahl von Problemen geplagt wird und das Fass, das jetzt überläuft, auch nicht erst in den letzten zwei Jahren voll geworden ist, wie Sie es suggerieren wollten, sondern es leider in den letzten 20 Jahren dazu gekommen ist, wie uns noch gestern der rheinische Landwirtschaftspräsident deutlich gemacht hat.

Deshalb, lieber Kollege Höner, sehen wir diesen Antrag – und wir unterstützen ihn auch – als einen ersten richtigen Schritt. Wir dürfen es aber nicht bei diesem einzelnen Schritt belassen. Das ist uns als FDP-Landtagsfraktion sehr wichtig. Deshalb haben wir auch diesen sehr breiten Entschließungsantrag nachgeschoben.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Herr Abgeordneter Brockes, es liegt eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Rüße vor. Möchten Sie die zulassen?

Dietmar Brockes (FDP): Ja, gern, Herr Kollege.

Norwich Rüße (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Ich habe Ihren Antrag natürlich gelesen. Es musste ja sehr schnell geschehen. Sie haben dort unglaublich viele Forderungen hineingepackt.

Ein Punkt, der die Landwirtschaft seit zwei, drei Jahren massiv bewegt, ist die Umsetzung des Umbaus der Nutztierhaltung, und es ist am Ende die Umsetzung der Borchert-Kommission. Davon lese ich nichts in Ihrem Antrag. Heißt das, dass Sie sich von den Plänen der Borchert-Kommission verabschiedet haben?

Dietmar Brockes (FDP): Herr Kollege Rüße! Das ist natürlich mitnichten so. Lesen Sie sich den Antrag noch mal genau durch. Da steht nämlich auch, dass wir das Tierwohl wollen. Aber dann darf ich Ihnen gern ...

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

– Wenn Sie das Thema hier ansprechen, dann lassen Sie uns doch gemeinsam nach Berlin gehen und Vorschläge machen, wo innerhalb der Ampelkoalition Einsparpotenzial besteht, sodass wir die Vorgaben der Borchert-Kommission auch in Berlin umgesetzt bekommen.

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE] – Norwich Rüße [GRÜNE]: Wie sparen wir denn?)

Das wäre der richtige Weg, zu zeigen, wo wir sparen können. Ich bin bei vielen Themenfeldern gespannt bin, wie Sie sich da verhalten werden.

Wir haben diesen Entschließungsantrag eingebracht, damit er in die Diskussion einfließt. Es gibt viele gute Vorschläge – sie sind ja eben schon von Frau Kollegin Kahle-Hausmann benannt worden –, die innerhalb der Enquetekommission „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe“ gemeinsam entwickelt und entstanden sind.

Wir haben diese Anträge schon eingebracht.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Herr Abgeordneter, es liegt eine weitere Zwischenfrage vor, und zwar von dem Abgeordnetenkollegen Herr Achtermeyer. Möchten Sie die Zwischenfrage zulassen?

Dietmar Brockes (FDP): Gern, bitte.

Tim Achtermeyer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter! Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sie haben gerade gesagt, Sie hätten viele Ideen, wo man die 4 Milliarden Euro pro Jahr, die man für die Borchert-Kommission braucht, im Bereich des Bundeshaushalts einsparen könnte.

Mich würde interessieren: Welche Punkte sind das ganz konkret? Wo sparen Sie denn die 4 Milliarden Euro ein?

Dietmar Brockes (FDP): Herr Kollege Achtermeyer, da gibt es eine Vielzahl von Punkten, die auch innerhalb der Koalitionsfraktionen in Berlin besprochen wurden.

(Zuruf von Markus Höner [CDU] – Norwich Rüße [GRÜNE]: Ja, welche denn?)

Wenn wir das Fass jetzt aufmachen, dann befürchte ich, dann bekomme ich den nächsten ...

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Welche denn?)

– Es ist zum Beispiel angesprochen worden, dass wir im Bereich der Umsetzung der Kindergrundsicherung ...

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

– Ja. ... wo noch keine Konzepte vorliegen und wo man sicherlich auch überlegen kann, ob es sinnvoll ist, dort schon viele Milliarden einzuplanen, ohne zu wissen, wie die Kindergrundsicherung aussehen soll.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

– Das reicht jetzt. Herr Achtermeyer. Sie weichen natürlich vom eigentlichen Thema ab.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Und Sie nicht?)

Es war ja klar, dass Sie sich hier nicht zur Landwirtschaftspolitik äußern wollten. Wir haben jedenfalls Vorschläge eingebracht und freuen uns auf die weitere Debatte.

Uns ist es wichtig, dass das Zeitfenster, das für die Zukunft der Landwirtschaft geöffnet ist, genutzt wird, um Verbesserungen für die Bäuerinnen und Bauern zu entwickeln. Deshalb freue ich mich auf die weitere Beratung im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Dr. Gregor Kaiser [GRÜNE] – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD hat nun der Abgeordnete Zacharias Schalley das Wort.

Zacharias Schalley (AfD): Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren! Er ist mit pedantischer deutscher Gründlichkeit erfasst: der Darminhalt von Schwein

und Kuh. Jeder Bürger und auch Bauer kann ein Lied davon singen, wie viele Beamte sich in Deutschland nur mit Mist beschäftigen. Im gründlichsten und besten Deutschland aller Zeiten nennt sich das dann „Mikromanagement“.

Wie sieht das im Einzelnen aus? Zunächst muss der Bauer eine Düngebedarfsermittlung durchführen, natürlich verpflichtend vor der ersten Düngung im Frühjahr. Tut er das nicht, drohen ihm bei einer Betriebsprüfung hohe Strafen.

(Zuruf von Markus Höner [CDU])

Der Bauer muss auch noch Folgendes beachten: Die Düngebedarfsermittlung darf im Ergebnis einen bestimmten Prozentsatz nicht überschreiten. Geschieht das doch, ist es gesondert zu begründen. In nitratbelasteten Gebieten, also den roten Gebieten, muss der Bauer wiederum kalkulieren, dass er 20 % unter dem durchschnittlichen Stickstoffbedarf seiner Flächen liegen muss. Außerdem muss der Bauer auf gedüngten roten Flächen regelmäßig Bodenproben nehmen und sie ins Labor schicken.

(Zuruf von Hendrik Schmitz [CDU])

Es versteht sich von selbst, dass Düngemaßnahmen innerhalb von zwei Tagen in einer Ackerschlagdatei dokumentiert werden müssen. Ohne „Passierschein A38“ geht es nicht. Aber im gründlichsten und besten Deutschland aller Zeiten reicht das alles noch nicht aus. Der Bauer wird auch dazu verdonnert, dass er alle drei Jahre an Schulungsmaßnahmen zur Optimierung der Nährstoffeffizienz teilnehmen muss.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Habe ich jetzt gemacht!)

Seit geraumer Zeit muss der Bauer auch auf eine sogenannte Nährstoffbörse zurückgreifen.

(Zuruf von Hendrik Schmitz [CDU])

Überschüssige Gülle wird dorthin verfrachtet, wo es die Nitratwerte zulassen. Damit es bloß nicht allzu lange allzu streng riecht, muss der Bauer das ausgebrachte Gärsubstrat auf dem blanken Acker bitte innerhalb einer Stunde einarbeiten.

(Dr. Ralf Nolten [CDU]: Damit der Ammoniak nicht verdunstet!)

Auch wichtig für den Bauern: Es sind dabei Abstandsauflagen zu Gewässern zu beachten. Wir sehen: Der Platz und das Wachstum von Ackerfrüchten oder Grünlandfutter fürs Vieh schrumpfen auch ohne Flächenversiegelung, ganz allein durch das bürokratische Ersticken von bäuerlicher Unternehmensfreiheit und die Einführung einer neuen Mangelwirtschaft – einer Mangelwirtschaft pflanzlicher Unter- versorgung und gedrosselter Produktivität. Klingelt es bei der Partei Ludwig Erhards, die früher mal die soziale Marktwirtschaft vertrat und die kommunistische Mangel- und Planwirtschaft bekämpfte?

Dieses kafkaeske System von willkürlichen Grenzwerten und erstickender, undurchsichtiger Bürokratie wird von der EU allen, ob Bürger, Bauer, Edelmann, von oben aufgedrückt. Die CDU freut sich über europäische Lösungen, daher auch das dichte Netz an bürokratischen Kontrollen und Schikanen.

Was die CDU im Tandem mit den Grünen mit der Änderung der Düngeverordnung fordert, ist eine Beweislastumkehr. Der Staat behauptet, dass ein Bauer zu viel düngt. Beweisstück der Anklage: der Nitratwert an einer Messstelle, über deren Ort die Politik entschieden hat. Will der Bauer wieder so düngen, wie es dem Bedarf seiner Feldfrüchte entspricht, so liegt die Last, durch umfangreiche Tests, Nachweise und Bürokratie zu beweisen, dass er nicht der Verursacher der erhöhten Nitratwerte ist, bei ihm und nicht etwa beim Ankläger staatlicherseits. Aber mit dem Rechtskriegen ist es immer so eine Sache. Vor Gericht braucht man drei Säcke: einen mit Papier, einen mit Geld und einen mit Geduld.

Wen wundert bei all dem noch, dass die Bauern mit ihren Treckern auf den Straßen demonstrieren? Die deutschen Bauern wissen es besser als unsere Politiker. Keiner will Zustände wie in Sri Lanka, wo nach dem Kunstdüngerverbot 2021 Ernteausfälle folgten, die Menschen zu Tausenden auf die Straße trieben. Keiner will die Drohkulisse einer Enteignungspolitik wegen zu hoher Nitratwerte wie in den Niederlanden.

Um den staatlichen Vorgaben zu folgen, nehmen Bauern auch hierzulande viel Geld für GPS-gesteuertes Precision Farming oder spezielle Injektionstechniken für Gülle in die Hand, um noch bedarfsgerechter und effizienter düngen zu können. Aber was nützt dem Bauern alle Effizienz und Zeitersparnis, wenn er am Ende durch unnötige Gesetze doch wieder mehr Arbeitsaufwand oder schlicht kein Geld hat, um die neuen hohen Standards einzuhalten?

Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir plante die Änderung der Stoffstrombilanz. Ein Düngeexperte schätzte, das könnte die Bauern je nach Art des Betriebes bis zu drei Tage mehr Aufwand als bisher kosten. Das gilt schon für Betriebe ab 15 ha, egal ob extensiv oder intensiv bewirtschaftet. Wie das mit den grünen Kostenschätzungen in der Realität so ist, kennen wir von der sprichwörtlichen Kugel Eis, die uns die Energiewende kosten sollte.

Was schreibt die Bauernpartei CDU NRW vollmundig auf ihrer Internetseite? „Wir haben die Düngeverordnung praxisnah und wissenschaftlich basiert umgesetzt.“ Die Praxisnähe und Wissenschaftlichkeit bestehen darin, in diesem Antrag zur Düngeverordnung die Wörter „praxisnah“ und „bürokratiearm“ möglichst oft zu benutzen.

Fazit: Es lohnt sich für jeden Bauern, CDU zu wählen. Es dürfen praxisnah und wissenschaftlich basiert noch mehr Formulare ausgefüllt werden. Das letzte Formular, das der Bauer dann ausfüllt, ist die Betriebs-

aufgabeerklärung gegenüber der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD – Markus Höner [CDU]: So ein Schwachsinn! – Zuruf von Daniel Scheen-Pauls [CDU])

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Für die Landesregierung hat nun Ministerin Gorißen das Wort.

(Beifall von der CDU)

Silke Gorißen, Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das Düngerecht regelt zum einen die Ernährung von Nutzpflanzen und soll zum anderen gewährleisten, dass Nährstoffeinträge in die Umwelt durch die Düngung minimiert werden. Die Entwicklung der vergangenen Jahre zeigt, dass in der Landwirtschaft deutliche Erfolge bei der Effizienz der Düngung erzielt werden konnten.

Dennoch besteht Handlungsbedarf in den als nitratbelastet ausgewiesenen Gebieten. Dazu gehört es aber auch, zu begreifen, dass Nitratbelastungen verschiedene Ursachen haben können.

Die bis November 2022 in Nordrhein-Westfalen geltende Gebietsausweisung trug den natürlichen Standortbedingungen und der Stickstoffvorbelastung Rechnung. Strengere Maßnahmen mussten nur dort erfolgen, wo die Einhaltung des Zielwerts von 50 mg Nitrat pro Liter im Grundwasser durch landwirtschaftliche Nährstoffüberschüsse nicht sicher gewährleistet werden konnte.

Diese Gebietsausweisung wurde jedoch von der Europäischen Kommission als nicht richtlinienkonform verworfen und musste im November 2022 durch eine neue Gebietsausweisung ohne Berücksichtigung von Standort- und Immissionsdaten ersetzt werden, die zu einer deutlichen Ausweitung der als nitratbelastet eingestuften Fläche in Nordrhein-Westfalen geführt hat. Für viele Betriebe stellen die damit verbundenen Maßnahmen eine große Herausforderung und einen weitgehenden Eingriff in die betrieblichen Entscheidungen und ihre wirtschaftlichen Erfolge dar.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund fordert der vorliegende Antrag richtigerweise zukünftig eine einzelbetriebliche Maßnahmendifferenzierung auf der Basis kontrollierbarer Daten, um so eine stärker verursachergerechte Differenzierung von Anforderungen an die Düngung zu gewährleisten.

Neben dem wichtigen Ausbau des bestehenden Messnetzes wird die Entwicklung und modellhafte Erprobung eines Konzepts zur einzelbetrieblichen Maßnahmendifferenzierung gefordert. Die Landesregierung soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen,

dass die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um die Umsetzung sowie den behördlichen Vollzug einer solchen Differenzierung vorzubereiten.

Die Forderungen werden von uns unterstützt. Die Landesregierung ist bereits dabei, sie sukzessive umzusetzen. Wir sind hier also gemeinsam unterwegs. Daher bin ich den regierungstragenden Fraktionen für diesen Antrag sehr dankbar. Es freut mich, dass wir uns im Ausschuss in einen konstruktiven Austausch begeben und dann das Ganze gemeinsam auf den Weg bringen.

Uns sollte das Ziel einen, hin zu einer verursachergerechten einzelbetrieblichen Differenzierung von Düngungsbeschränkungen zu kommen. Meine Botschaft ist klar: Wir lassen die Landwirtinnen und Landwirte bei diesem so wichtigen Thema auf keinen Fall alleine.

(Beifall von der CDU)

Die vielen schon jetzt gewässerschonend wirtschaftenden Betriebe dürfen von den Einschränkungen jedenfalls nicht genauso betroffen sein wie die wenigen schwarzen Schafe, die wir vorfinden. Bei nachgewiesener umweltverträglicher Düngung dürfen nicht die gleichen Anforderungen gelten wie bei Betrieben mit hohem Handlungsbedarf.

(Beifall von der CDU)

Nicht zuletzt die Proteste der vergangenen Woche haben uns vor Augen geführt: Wir brauchen gerade bei uns, im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen, eine ebenso leistungsfähige wie wettbewerbsstarke Landwirtschaft. Wir brauchen eine Landwirtschaft, in der Nachhaltigkeit und Ernährungssicherheit Hand in Hand gehen.

Unsere Landwirte brauchen vor allem auch verlässliche und faire Bedingungen, unter denen sie mit möglichst geringem bürokratischem Aufwand arbeiten und wirtschaften. Hierfür treten wir alle gemeinsam auch in Zukunft ein. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, Norwich Rüße [GRÜNE] und Dr. Gregor Kaiser [GRÜNE])

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir gehen über zur Abstimmung über die Überweisung des Antrags Drucksache 18/7766 der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen sowie des Entschließungsantrags Drucksache 18/7844 der Fraktion der FDP. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/7766 an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Der

Entschließungsantrag Drucksache 18/7844 soll entsprechend überwiesen werden. Daher frage ich: Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Keine Gegenstimmen. Wer Enthält sich? – Auch keine Enthaltungen. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Wir kommen zu:

3 Chancengleichheit JETZT: Die Landesregierung muss die tatsächlichen Kosten für den Schulbesuch in NRW erheben

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/5852

Beschlussempfehlung
des Ausschusses
für Schule und Bildung
Drucksache 18/7778

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der CDU Herrn Dr. Heinrich das Wort.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Der heißt „Heinisch“, aber er kommt trotzdem! – Weitere Zuerufe von der SPD – Heiterkeit von Andrea Busche [SPD] und Dilek Engin [SPD])

– Herr Heinisch ist auch schon da. Danke für die Korrekturen aus der ersten Reihe der SPD.

Dr. Jan Heinisch^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute, nachdem wir im Ausschuss diskutiert und eine Anhörung durchgeführt haben, über den Antrag „Chancengleichheit JETZT: Die Landesregierung muss die tatsächlichen Kosten für den Schulbesuch in NRW erheben“ der SPD-Fraktion.

Im Schulausschuss hat dieser Antrag keine Mehrheit gefunden. Er wird von unserer Fraktion auch gleich hier im Plenum abgelehnt werden. Das liegt nicht allein an der Überschrift, auch wenn wir, anders als die SPD, lieber von „Chancengerechtigkeit“ als von „Chancengleichheit“ sprechen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Weil ihr Gleichheit nicht als gerecht empfindet!)

Das Thema muss man aber ein wenig jenseits der Überschrift betrachten, nämlich inhaltlich. Aus unserer Sicht und auch aus der Sicht von Expertinnen und Experten, wie sie in der Anhörung geäußert wurde, geht das eine oder andere mächtig durcheinander.

Nordrhein-Westfalen ist eines der Bundesländer, die die Lernmittelfreiheit tatsächlich festgeschrieben